

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und festlichen Tagen morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei halbjährlicher Zahlung 10 Mark, bei vierteljährlicher Zahlung 5 Mark, bei monatlicher Zahlung 3 Mark. (Deutschland und Österreich). Für das Ausland sind 12 - 14 Mark je nach dem Postlaufzeitraum zu zahlen.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2893 und 2896.

Die wichtigsten Korrespondenzen über den Krieg, sowie alle Welt-Angelegenheiten, als auch die familiären und Organisationsangelegenheiten werden laut aufgegebenen Anzeigen durch den Redaktionsstab für den darauffolgenden Tag möglichst frühstens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition angesetzt sein.

Intercom-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2893-36, 2896

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Geschlossene Kampffront.

Der Schaden, den die um Kapp und Lüttwig gruppierten Verbrecher dem deutschen Volke in den wenigen Tagen ihrer Herrschaft zugefügt haben, ist vorläufig noch gar nicht zu übersehen und abzuschätzen. Wir reden hier nicht von den schweren Verlusten an Menschen, die als Kämpfer für die Republik und die Revolution gefallen oder in einem ebenso sinnlosen wie brutalen Standgerichtsverfahren hingerichtet worden sind, sondern wir denken in diesem Zusammenhang in erster Linie an die wirtschaftlichen Schläge, die Deutschland infolge des wahnwitzigen Abenteuers erlitten hat. Wie eifrig haben die Patrioten der Rechte die Notwendigkeit empfunden, das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen! Wie haben sie voller Gesundheit die angebliche Arbeitslosigkeit des Proletariats und die Mängel der republikanischen Staatsform für unsere ungünstigen ökonomischen Zustände verantwortlich gemacht! Und da kommt eine Handvoll engstirniger Offiziere und zerstückt, auf ein paar Tausend Bajonette gestützt, mit einem Schläge Milliardenwerte. Unter dem Vorgeben, eine schlechte Regierung beseitigen zu wollen, errichten sie die Diktatur des militärischen Terrors, dem zu jeder positiven Leistung die Fähigkeit mangelt, und zwingen die Arbeiter und Angestellten in den Generalstreik hinein.

Über die Einzelheiten des niederträchtigen Streichs, über seine Urheber und Mitschuldigen wird noch eingehender zu sprechen sein, und heute sei nur soviel gesagt, daß es scheint, als ob die Regierung noch nicht entschlossen sei, mit der nötigen Rücksichtslosigkeit gegen alle die vorzugehen, die die Hände im Spiel gehabt haben. Sie hat gegen eine Reihe besonders belasteter Persönlichkeiten das Strafverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen. Erschwerend hinzu hat sie auch vor dem General Dudenhoff nicht Halt gemacht, der, hinter den Kulissen stehend, eine der stärksten Triebkräfte des ungeheuerlichen Unternehmens war. Andere Mitwirkende aber hat sie einstweilen nur mit Glacéhandschuhen an. So sind beispielsweise der Vortragende Rat Dohle und der Oberpräsident Winnig nur vom Amte suspendiert und ein Disziplinarverfahren gegen sie eröffnet. So hört man nichts von einer Verfolgung des Pförners Traub, der ein paar Stunden lang den Kultusminister und dann den Propagandachef der Regierung Kapp spielte, und ebensowenig wird beispielsweise der Name des politischen Beraters des Hauptmanns Babst, jenes Dr. Grabowski, genannt, der seit Monaten eine der Hauptrollen bei der Vorbereitung des Putschs gespielt hat. Gegen diese Männer wie gegen noch viele andere, die mehr oder weniger offen das Verbrechen unterstützt haben, muß mit denselben unerbittlichen Strenge vorgegangen werden wie gegen den Kopf der Schlange.

Schuldig, wenn auch nicht im Sinne des Gesetzes, sind aber nicht zuletzt die, die an verantwortlicher Stelle stehend, die drohende Gefahr nicht erkannten und nicht erkennen wollten. Die sich und der Öffentlichkeit einredeten, es gelte den Umsturz von links abzuwehren und dabei den Umstürzler von rechts in die Hand zu geben. Die sich anfingen und einwickeln ließen von den Verführungen der Militärs und ihrer eigenen Vergangenheit ins Gesäß schlagend, den Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung proklamierten, während in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft das Pulver zusammengetragen wurde, das die Republik in die Luft sprengen sollte. Zwei von ihnen, zweifellos die am schwersten kompromittierten, Noske und Heine, sind gestürzt. Die Nationalversammlung in Stuttgart suchte sie noch zu halten und selbst die Fraktion der Rechtssozialisten war verblendet genug, Herrn Noske auch in diesem Augenblick noch ihr Vertrauen auszusprechen. Aber der eiserne und entschlossene Wille der Arbeiterbewegung hat die beiden Sozialdemokraten, deren Wirken für das Proletariat so über alles Maß verhängnisvoll war, gefaßt. Nur ist damit das Urteil noch nicht erschöpft: die ganze Regierung ist reif für den Sturz. Das Kabinett Bauer im Reich und das Kabinett Girsch in Preußen haben den Beweis erbracht, daß sie der politischen Situation ganz und gar nicht gewachsen sind und daß sie einzig und allein von dem Bestreben geleitet, ihre Position zu behalten, jedes Verständnis für die durch die Revolution aufgestellten Gebote vermissen ließen. Wären sie wirklich innerlich so sehr von den Pflichten der Demokratie und des Parlamentarismus durchdrungen, wie sie es zu sein behaupten, so hätten sie längst ihre Demission geben müssen. Wir können nur hoffen, daß sie das Versäumte sobald als möglich nachholen, um freie Bahn für eine Regierung zu schaffen, die dem Augenblick gewachsen ist. Nach unserer Überzeugung kann das nur eine reine Arbeiterregierung sein, denn sie allein ist in der Lage,

Parteigenossen und Genossinnen!

Eine politische Massenaktion von imponierender Einmütigkeit und fester Entschlossenheit, von beispiellosem Umfang und unwiderstehlicher Wucht hat die militärischen und monarchistischen Gegenrevolutionäre in die Flucht geschlagen. Begleitet sind auch die Mitschuldigen Noske und Heine. Unmöglich geworden ist die ganze Regierung, die in ihrer Verblendung alle ihre Macht gegen das sozialistische Proletariat gerichtet und politische und soziale Fortschritte gehindert hat.

Parteigenossen und Genossinnen!

Die Arbeiterklasse hat diese Tat vollbracht gegen die Kapp-Lüttwig, gegen die Noske-Bauer und gegen die Nationalversammlung. Ihr habt für eure eigene Sache gekämpft und aus eigener Kraft einen Erfolg errungen. Das Ziel dieses Kampfes war nicht die Rückkehr der entflohenen „verfassungsmäßigen“ Regierung, nicht die Wiederherstellung des alten arbeiterfeindlichen Systems. Das Ziel war

erhöhte Macht für die Arbeiterklasse und die Fortführung der Revolution.

Die politische Situation ist heute anders als am Tage des gegenrevolutionären Anschlags. Ihr habt erkannt, welche Macht in der revolutionären Masse des Generalstreiks liegt. Ihr habt, wo es notwendig war, die monarchistischen Gegenrevolutionäre mit den Waffen niedergeschlagen. Ihr habt gesehen, wie groß die Macht der Arbeiterklasse ist, wenn sie geschlossen und einmütig zur Tat zusammensteht. Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vereinigten sich die politischen Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bewußt und planmäßig zur politischen Massenaktion. Und aller Widerstand war gebrochen.

Der Beweis ist geliefert, daß in unserer revolutionären Zeit auch für die wirtschaftlichen Organisationen politische Neutralität unhaltbar geworden ist. Die Bewegung selbst zwang durch ihre innere Logik alle beteiligten Organisationen zur tatsächlichen Annäherung. Die Lebensfragen der Arbeiterschaft standen auf dem Spiel und das gemeinsame Klasseninteresse überwand alle organisatorischen Hemmnisse.

Beseitigung des militärischen Systems, Entwaffnung der konterrevolutionären Truppen und Bewaffnung der Arbeiter mußten die wichtigsten Forderungen sein. In großen Teilen des Reiches haben die Arbeiter aus eigener Kraft diese Forderungen verwirklicht.

Die Arbeiterorganisationen setzten durch, daß Vertreter der Regierungen im Reich und in Preußen den Beginn der praktischen Durchführung der Reorganisation der bewaffneten Macht unter Mitwirkung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zulagte.

Die Regierung hat weiter sich verpflichtet, gegen die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrgebiet, keine Angriffe unternehmen zu lassen, vielmehr durch Verhandlungen eine Lösung zu erreichen. Falls die irdischen Verhandlungen scheitern, sollen die Arbeiterparteien um ihre Vermittlung ersucht werden. In Berlin sollen die Truppen aus den Vororten und von den Straßen mit Ausnahme des Regierungsviertels, zurückgezogen werden.

Berlin, den 23. März 1920.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

mit Aussicht auf Erfolg die Vernichtungsarbeit zu leisten, die dem bis in seine tiefsten Tiefen ausgewählten Lande nötig ist.

Und hier sind wir an einen Punkt gelangt, an dem wir uns fast verpflichtet fühlen, den Reuekränern des 12. März bis zu einem gewissen Grade dankbar zu sein. Nicht wegen dessen, was sie wollten, wohl aber wegen dessen, was sie erreicht haben. Es ist ihnen gelungen, die Frage der Arbeiterregierung wieder in den Vordergrund der Erörterung zu rücken und damit ein Problem auf neue zu beleben, das durch die Politik, die seit Beginn des Jahres 1918 getrieben worden ist, verschüttet war. Aber selbst wenn es in diesem Augenblicke nicht in positivem Sinne gelöst werden sollte, so bleibt doch eine Tatsache unerschütterlich: daß die Kapp und Lüttwig die Arbeiterbewegung auf eine revolutionäre und wenigstens für eine bestimmte Aktion zu einer einheitlichen Front zusammengeschweißt haben. Die militärischen und nationalistischen Avanturiers haben das Böse gewollt und das Gute geschaffen. Sie

Der verschärfte Belagerungszustand wird aufgehoben.

Für die neu zu bildende Regierung ist eine Grundlage geschaffen in den neun Forderungen, die von am Kampf beteiligten Organisationen formuliert wurden. Danach soll die bevorstehende Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vorgenommen und diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neubildung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung eingeräumt werden.

Ferner wird gefordert:

Sofortige Entwaffnung und Bestrafung der am reaktionären Aufstand Beteiligten.

Auflösung der konterrevolutionären militärischen Kommandos und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Reihen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der revolutionären Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen.

Sofortiger Abbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze.

Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige.

Wirksamere Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verschärfte Bekämpfung des Wucher- und des Schiebertums in Land und Stadt.

Parteigenossen und Genossinnen! Es ist nicht gelungen, unsere klareren und weitergehenden Forderungen in diesem Kampfe durchzusetzen. Die angeführten Grundzüge für die neue Regierung befriedigen uns nicht. Trotz ihrer Unvollkommenheit verkennen wir nicht, daß die vereinbarten Grundzüge, wenn sie durchgeführt werden, immerhin einen Fortschritt bedeuten gegenüber dem bisherigen Zustande.

Die beteiligten Parteien und Gewerkschaften haben die Verpflichtung übernommen, falls die Forderungen nicht erfüllt und die Forderungen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Aufnahme des Generalstreiks zu entscheiden. Das bedeutet, daß sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht mit leeren Versprechungen zufriedengeben wollen, sondern entschlossen sind, die gesamte reale Macht der Arbeiterklasse hinter die Durchführung der Forderungen zu stellen. Die einheitliche Kampffront des Proletariats ist wenigstens für die Durchführung dieser Mindestforderungen auch für die Zukunft gewahrt.

Parteigenossen und Genossinnen! Die große Massenaktion ist beendet. Geschlossen wie in den Kampf, geht das Proletariat aus dem Kampf heraus. Das Ringen um unsere Ziele geht unermüdlich weiter: Überwindung des Kapitalismus und Verwirklichung des Sozialismus. Neugestaltung und mit vermehrtem Klassenbewußtsein geht das Proletariat neuen Kämpfen entgegen. An Euch liegt es, diese Forderungen zu verwirklichen und für das Proletariat neue Positionen zu erringen.

Parteigenossen und Genossinnen! Zahlreiche Opfer hat dieser Kampf gekostet. Sie dürfen nicht umsonst gefallen sein. Ihre heldenmütige Aufopferung für die Sache des Sozialismus ist uns Ansporn und Vorbild.

haben dem in Parteien und Gruppen zerklüfteten Proletariat eine einheitliche Aufgabe gestellt und es hat diese Aufgabe glänzend gelöst. Ihre heldischen Versuche, den einen Teil gegen den anderen auszuspielen, sind kläglich gescheitert. Wie ein Mann haben sie die die die Republik erkämpft hatten, erhoben, um sie zu führen.

Gewiß bestand die Einheitlichkeit zunächst nur in dem Willen zu gemeinsamer Abwehr. Darüber, was außer der Vereitelung des Anschlags durchgeführt werden sollte, gibt es Meinungsverschiedenheiten, die zum Teil noch recht tief gehen. Wir stellen und stellen uns weitere Ziele, als die leitenden und maßgebenden Führer der Reichssozialisten. Wir hatten und haben nicht die Absicht, die nationalsozialistische Regierung zu stürzen, um dem jämmerlichen Gebilde der Koalitionsregierung wieder zu seinem Würden zu verhelfen. Wir haben, daß sich ein Tor für den Sozialismus öffnete, und wünschen, daß die Arbeiter durch dieses Tor eindringen. Für den Moment ist unser Streben nach nicht von Erfolg gekrönt worden. Das Misgeschick, mit dem

Die rechtssozialistische Partei ihre Anhänger beschwert hat, hemmt ihre Beweglichkeit und ihre Kampfbereitschaft. Aber mit Genugtuung können wir immerhin feststellen, daß die Stimmung der sozialdemokratischen Massen heute doch eine andere ist, als vor dem 13. März. Sie sind weitergetrieben worden, als sie selbst und als vor allem ihre Führer gehen wollten. Es ist ein neuer revolutionärer Geist über sie gekommen, und diesen Geist gilt es zu pflegen und zu stärken.

Unsere Partei stand vor der großen Frage, ob sie zur Durchföhrung ihrer Forderungen allein die Schlacht fortsetzen, das heißt den Streik weiterführen sollte. Mancherlei konnte für eine solche Taktik sprechen. Aber schwerer fiel uns Gewichts die Erwägung, daß man in einer Stunde, in der die Radikalisierung der rechts von uns stehenden Elemente unerkennbare Fortschritte gemacht hatte, die gewonnene Einigkeit nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfte. Die Einigkeit des Proletariats ist sicherlich kein Gut, das um jeden Preis erworben werden muß. Ihre Forderung kann unter Umständen eine inhaltlose Phrase sein und sie ist es in den Monaten, die hinter uns liegen, oft genug gewesen. Alles hängt davon ab, ob die geschlossene Masse von einem revolutionären Willen befeuert ist. Fehlt dieser, so fällt die Zahl nicht ins Gewicht, so ist es kein Heer, sondern ein Haufe, der ernsthaften Kampf nicht erduldet, sondern erduldet. Macht er sich aber bemerkbar, ist er auch nur in Anzügen zu erkennen, so wird es Pflicht, alles zu vermeiden, was die Geschlossenheit gefährden könnte. Das Auseinanderfallen der verschiedenen Gruppen beim Abbruch des Streiks würde Gegenstände und Zwistigkeiten neu herausbeschwören haben, die einer Wiederaufnahme des Kampfes die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätten, und der Teil der Arbeitererschaft, dem eben erst ein neues revolutionäres Leben eingehaucht worden war und der anfangs, an der Politik irre zu werden, die durch die Kasse und Heine ihren Stempel erhalten hatte, wäre leicht wieder die Beute derjenigen geworden, die das Proletariat bewußt in den Sumpf bürgerlich-demokratischer Reformmethoden führen wollen. Das müßte verhindert werden, und es ließ sich nur verhindern, wenn wir uns vorläufig mit dem einstweiligen Ertrag begnügten und uns damit einverstanden erklärten, eine Atempause eintreten zu lassen.

Einzig und allein als Atempause aber darf der jetzt geschlossene Friede betrachtet und behandelt werden. Wir haben bereitzustehen, um die Waffen sofort wieder aufzunehmen, wenn die Bedingungen, unter denen das Abkommen zustande gekommen ist, von der andern Seite nicht restlos erfüllt werden. Wir haben die Frist aber in erster Linie zu benutzen, um die Arbeitererschaft, deren Erwachen begonnen hat, vollkommen aufzurütteln und aus der Abwehrfront eine Angriffsfront zu machen, die stark und entschlossen genug ist, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

Gesamttritt der Regierung.

Der Gesamttritt der jetzigen Regierung soll, wie mitgeteilt wird, für die nächsten 24 Stunden zu erwarten sein. Es schweben deshalb Verhandlungen zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung, an der sämtliche gewerkschaftlich vertretenen Richtungen beteiligt sind.

Der Aelterstenausschuß der Nationalversammlung schlägt als Termin für die Neuwahlen zur Nationalversammlung den 6. Juni 1920 vor.

Das alte Spiel.

Vauer und die Lage im Ruhrgebiet.

Reichskanzler Vauer hat an den Vorsitzenden des Aktionsausschusses in Hagen (Westf.) folgendes Telegramm gesandt:

Die Reichsregierung nimmt mit Dank davon Kenntnis: daß die drei sozialistischen Parteien alle Kräfte zur Wiederherstellung der Reaktion eingesetzt haben. Dieses Ziel ist in Berlin durch Zusammenbruch der Rapptruppe erreicht. Entwaffnung der Rapptruppen auch im Ruhrgebiet wird durchgeführt. General Watter gebt jedoch nicht zu den reaktionären Offizieren, sondern hat sich nachweisbar in loyalster Weise hinter die Reichsregierung gestellt. Die Entfernung wirklich reaktionärer Offiziere wird erfolgen. Die Truppenbewegungen werden eingestellt. Voraussetzung ist, daß die Ablehnung der Räteiktatur nicht nur versprochen, sondern in die Tat umgesetzt wird, daß insbesondere die verfassungsmäßigen Organe und Behörden wieder in ihre Rechte eingesetzt werden, daß die Arbeiter die Waffen niederlegen und zur Arbeit zurückkehren. Die sofortige Durchführung dieser Maßnahme ist unerlässlich. Anderenfalls ist die Reichsregierung außerstande, Ratensmittel von der Entente oder von Holland zu erreichen, auch das Einrücken der Entente zu verhindern. Am Dienstag werden zwei Minister des Reiches und Preußens im dortigen Revier den Standpunkt der Regierung darlegen.

Die zwei Minister, die im Ruhrgebiet verhandeln sind Giesberts und Braun. — Der Inhalt des vorstehenden Telegramms von Vauer fordert den schärfsten Protest heraus. Daß er den General Watter in Schutz nimmt, trotzdem dieser Herr eine höchst zweideutige Haltung angenommen hat, ist ebenso kennzeichnend für ihn, wie seine Aufforderung an die Arbeiter, die Waffen niederzulegen. Für Herrn Vauer scheint Punkt 8 der Vereinbarungen mit den Gewerkschaften überhaupt nicht zu bestehen, er scheint auch nicht daran zu denken, daß die Arbeiter mit Einsetzung ihres Lebens die Militärreaktion niedergeschlagen haben und daß sie nun mit vollem Recht verlangen, daß erst die Auflösung der konterrevolutionären Formationen erfolgen muß, bevor die Arbeiter ihren Kampf gegen sie einstellen können.

Wenn dieses Telegramm Bauers den Sinn der jetzt mit den Arbeitern in Münster geföhrten Verhandlungen darstellen soll, so eröffnen sich ihnen sehr geringe Aussichten. Wir aber verlangen, daß jetzt nicht wieder das alte Spiel beginnt, die Arbeiter entwaffnet werden und die reaktionäre Reichswehr unverändert bleibt. Will Herr Vauer das, so soll er es offen sagen, die Arbeitererschaft hat den Kampf gegen die Rapptruppe nicht geföhrd, um sich nun von Herrn Vauer nasführen zu lassen. Die Zeiten sind endgültig vorbei.

Trotha und Lüttich.

Berlin, 23. März.

Admiral v. Trotha befindet sich in Schußhaft. Ueber General v. Lüttich, der seinen Schwasth außerhalb Berlins angeben hat und sich zur Verfügnahme der Regierung hält, ist die Schußhaft ebenfalls verhängt worden.

Die Regierung ist der Öffentlichkeit sofort Antwort schuldig, weshalb über diese Herren, die Hochverrat verübt haben, nur die Schußhaft verhängt worden ist, während von einer Strafverfolgung wegen Hochverrats noch immer nichts verlautet. Soll so die zugesagte Bestrafung aller Schuldigen ausbleiben? Durch diese zweideutige Haltung der Regierung werden erneut die Gerüchte bekräftigt, daß Lüttich und seinen militärischen Helfershelfern Milde zugesagt ist.

Später verbreitet Wolffs Büro eine Notiz, wonach die Glattermeldung von der Verhaftung der Hochverräter Trotha und Lüttich unrichtig sein soll. Danach erscheint die Haltung der Regierung noch unehrlicher, als wir zuerst angenommen hatten.

Schutz vor Uebergriffen!

Trotz der Zusage der Regierung werden von den Soldaten noch dauernd Uebergriffe begangen. So ist gestern Nachmittag eine Betriebsversammlung der A. G. B. in den Pharusälen in der Müllerstraße von der Sicherheitswehr gewaltsam auseinandergeprengt worden. Autos mit Bewaffneten fuhren dauernd in den verschiedenen Stadtteilen herum und beunruhigten die Bevölkerung. Auch die Absperrungen in den Straßen sind durchaus noch nicht aufgehoben, trotzdem die Truppen auf das Regierungsviertel zurückgezogen werden sollten. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit, daß das sofort geschieht und daß die Regierung diejenigen rücksichtslos bestraft, die für diese Anordnungen verantwortlich sind.

Des weiteren wird uns noch berichtet, daß durch einzelne Sitzen auf dem Geisendbrunnen zwei Lastautos mit bewaffneten Sicherheitsoldaten fuhren, und daß letztere von dort aus wahllos auf die Menschenmenge schossen und wiederum zahllose Männer, Frauen und Kinder töteten und verwundeten.

Wie uns fernerhin mitgeteilt wird, ist gestern der Gewisse Weise, der Stadtrat und Stadtverordneter von Berlin ist, verhaftet worden, ohne daß bisher zu erfahren war, wohin er verbracht worden ist. Alle diese Uebergriffe zeigen, daß die Militärs immer noch auf die Weisungen der Regierung pfeifen.

Die Lage in Leipzig.

Leipzig, den 23. März 1920.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Am Sonntag, den 14. März, war es zu einem Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Arbeitern und Zeitfreiwilligen gekommen. Im Anschluß daran entspannen sich Kämpfe zwischen Arbeitern, die sich nunmehr bewaffneten, und den Zeitfreiwilligen, die bis zum Mittwoch dauerten. An diesem Tage sollte eine Vereinbarung getroffen werden zwischen dem Genossen Lipinski und dem Wirtschaftsminister Schwarz einerseits und dem General von Pilsach andererseits, nach der ein Waffenstillstand eintreten sollte, und die Truppen die Stadt zu räumen hätten. Die Arbeiter sollten die Waffen abgeben. Diese Vereinbarung kam nicht zu Stande, da sie auf heftigen Widerspruch bei den Arbeitern stieß. Es kam zu neuen Kämpfen, und nunmehr erklärte der General, daß die Truppen bleiben würden und die Arbeitererschaft entwaffnet werden müßte. Da die Nachmittage zu ungleich verteilt waren, wurde der Generallstreik abgebrochen und die Waffenablieferung der Arbeiter vorgenommen. Nunmehr soll eine Einwohnerwehr geschaffen werden, an der die Arbeiter stark beteiligt sind. Die Zeitfreiwilligen werden befristet.

Bei den Kämpfen ist das Volkshaus am Freitag von Militär bombardiert worden, es entstand ein Brand, der das Gebäude bis zum ersten Stock hinunter einäscherte. Die Arbeitererschaft hat etwa 150 Tote und Hunderte von Verwundeten zu verzeichnen. Es hat sich ein Aktionskomitee gebildet, das aus der S. P. D. und der U. S. P. D. besteht. Unsere Partei hat den maßgebenden Einfluß. Die Kommunisten beteiligen sich nicht daran.

Die Kämpfe in Rheinland-Westfalen.

Sieg der Arbeitererschaft.

Die rheinisch-westfälische Arbeitererschaft hat über die Reichswehrtruppen, die zu der Verhinderung der Rappübergriffe waren, einen vollkommenen Sieg errungen. Noch am vorigen Sonntag bangte sie um ihren Erfolg. Nur wenige Waffen standen ihr zur Verfügung. Das Freikorps Dichtenslag hand marßbereit auf dem Weg nach Hagen. In Hamscheid konzentrierte sich das Freikorps Lüchow. In Warten-Eberfeld, in Düsseldorf, in Essen, Bochum, Dortmund und Wesentlichen waren Reichswehrtruppen und Sicherheitspolizei untergebracht, die gewalttätig gegen die Arbeitererschaft vorgingen. Zum äußersten Kampf entschlossen, und die Barocksiegen oder werden im Herzen gingen die Arbeiter zum Angriff über. Nur mit wenigen Gewehren bewaffnet, schloßen sie am Montag, den 15. März, die Kompanie Dastaleber vom Freikorps Dichtenslag, die mit roter Fahne in Warten a. d. Ruhr eingezogen war, sich dort befestigte, dann die schwarz-weiß-rote Fahne hiebt, dermaßen auf's Gaudel, daß von der ganzen Kompanie nur 16 Gefangene übrigblieben. Muth gemacht durch den Erfolg zogen die Hagenener Genossen gegen das Korps Dichtenslag vor, das sich in Dordede festgesetzt hatte. In wenigen Stunden war der Kampf zugunsten der Arbeiter entschieden. Die geschlagenen Truppen flüchteten auf Wierbeck und Görde zu, wurden dort von beiden Seiten gepödt und verachtet. Eine Anzahl Soldaten, Minenwerfer und über hundert Maschinenwandre sowie Munition, Pferde und Bagagen fielen den hegr. Arbeitern in die Hände. Hauptmann Lichtschlag erich sich aus Scham über die erlittene Niederlage. Die Freikampfer gingen nunmehr gegen Düsseldorf, Essen, Dortmund und Warten-Eberfeld vor. In wenigen Stunden waren sie auch in diesen Städten Herren der Lage. Am Donnerstag Abend konzentrierten sie den Kampf auf Kemscheid, das hoch

am Berge fest und von dem Freikorps von Thow in eine wahre Festung verwandelt war. Die Arbeiter gingen mit bewaffnetem Plan zum Sturm angriff vor. Ein paar Artilleriegeschütze ins Rothaus und in das Postgebäude, wo sich die Rappbanden verschanzt hatten, genügten um die Truppen zu demoralisieren. Die schiedigen Parlamentäre zu den Arbeitern und boten um Gnade. Die Arbeiter sagten ihnen, daß sie mit Leuten, die die schwarz-weiß-rote Fahne tragen, in seine Verhandlungen treten. Der Kampf wurde am Freitag früh fortgesetzt und 1/2, 12 Uhr ging auf dem Rothaus die weiße Fahne hoch. In regelloser Eile zog sich das hoch Freikorps über die Wupperberge zurück, von den Arbeitern schon verfolgt. Vor Wänslingen wurden die Flüchtenden in der Flanke gepödt, die Bagage zusammengehoßen und die Reuter über die Wupper gedrängt, wo sie von den Engländern entwaffnet und in ein Konzentrationlager gebracht wurden. Remscheid und Umgebung gleich einem riesigen Schlachtfeld. Den Arbeitern fiel eine reiche Beute in die Hände. Major v. Lüchow und General v. Gölbbausen sowie 1500 Gefangene fielen in die Hände der Engländer. Die Remscheider Arbeiter haben 600 Gefangene gemacht. Ihre Verluste an Toten betragen 42 Mann, während die Rappbanditen über 300 Tote verloren. In Rheinland-Westfalen wogt eine ungeheure Begeisterung. Was die Rappbanditen an Ueberlegenheit von Material ausboten, wurde durch den unbegrenzten Willen der Arbeiter um hundertfache wettgemacht. Ohne äußere Hilfe, nur von dem Willen befeuert, zu siegen oder zu sterben, gingen sie zum Angriff über und zermalmten die beiden stolzen Freikorps der ganzen Reichswehr. Andere Leute waren seit 8 Tagen ununterbrochen im Gefecht, hatten keine Nacht geschlafen, mehrere Tage nicht Nahrung gegessen. Sie waren durchnäßt und zerfetzt und weigerten sich trotzdem, ihre Waffen an ausgeruhete Kämpfer abzugeben. Erst als der Sieg in ihren Händen war, gönnten sie sich Ruhe, um zu neuen Schlagen anzuholen. Der Jubel der Bevölkerung ist groß. Selbst das Vörgertum erkennt an, daß die Arbeiter mühterrnliche Rufe bezaubern. Es ist nirgendwo zu Plünderungen und Ausräuungen gekommen.

Die große Lüge.

Von der Regierung wird dauernd mit der Behauptung oberhört, in Rheinland-Westfalen würde eine rote Armeegebildet. Das ist eine glatte Unwahrheit. Die rheinisch-westfälische Arbeitererschaft hat nur zu den Waffen gegriffen, um die Truppenteile, die sich für die Verbrecherregierung Rapp erklärt hatten, zu verjagen. Nachdem ihr dies vorzüglich gelungen ist, will sie den errungenen Erfolg sich natürlich nicht aus den Händen wunden lassen und der Reichswehr Gelegenheit zu einem großen Massakre geben.

In allen Städten Rheinland-Westfalens herrscht muster-gültige Ruhe und Ordnung. Keine Straße ist abgesperrt, niemand wird an seiner Arbeit verhindert. Berlin, wo die sogenannten Ordnungstruppen herrschen, sieht demgegenüber wie ein Kampffeld aus.

Die Schreckensnachrichten über Rheinland-Westfalen werden abschüchlich in die Welt gesetzt. Sie sollen dem großen Blutbad, das die geschlagenen Militärs aus Rache über die erlittene Niederlage vorbereiten, als Entschuldigung dienen. Es muß daher festgestellt werden, daß in Rheinland-Westfalen nicht nur Anhänger der U. S. P. und S. P. D. bewaffnet sind, sondern auch rechtssozialistische, demokratische und christliche Arbeiter. Diese haben gemeinsam mit den anderen und Schulten an Schulten gegen die Rappbanditen gekämpft, haben ebenso wie jene Tote und Verwundete gelitten.

Die Arbeitererschaft möge also wachsam sein. Sobald die Militärs ihre Heckerarbeit in Rheinland-Westfalen beginnen wollen, muß sofort der Generallstreik wieder einsetzen, um den verkappten Rappisten auf immer das Handwerk zu legen.

Sturm der Baltikumtruppen auf Hennigsdorf.

Vorabend, den 22. März, zwischen 1 und 12 Uhr nachmittags wurde Hennigsdorf von Baltikumtruppen angegriffen. Die Arbeitererschaft war schon bewaffnet und unterlag. Die Arbeiter hatten 15 Tote. Außerdem wurden 22 Arbeiter handrechtlich erschossen. 8 Arbeiter wurden verhaftet und in einem Auto nach Döberitz, dem Standort der Baltikumtruppen transportiert. Die Truppen zogen sich abends unter „Mit dir im Siegerkranz“ nach dem nächsten Ort, nach Hennigsdorf zurück. Nach Auslösen der Truppe wollte sie in der Nacht vom 22. zum 23. März auf Velten-Oranienburg vorziehen, um dort die Arbeitererschaft niederzuliegen. In Hennigsdorf haben die Truppen sich in einem Versammlungsorte betrunken. Den Wert dieser Lokale verhafteten sie ebenfalls und überführten ihn mit den übrigen Verhafteten nach Döberitz. Die Parteigenossen mußten infolge Verceat der dortigen Döberitz, welche mit den Baltikumtruppen in Verbindung standen, nach Tegel und Spandau flüchten.

Döberitz hat großen Zuzug aus Studenten und anderen reaktionären Kreisen. Die sich Weibenden werden von den Baltikumern bewaffnet.

Die Sitzung der Nationalversammlung ist auf Donnerstag nachmittags anberaumt worden. Vor Ostern werden nur ein oder zwei Sitzungen abgehalten. Die Fraktionen fast sämtlicher Parteien sind dauernd versammelt.

Teilweise Wunahme des Verkehrs in Berlin.

Die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft hat die Aufnahme des Betriebes für heute in Aussicht gestellt. Die Wunahme des Betriebes der Großen Berliner Straßenbahn wird dagegen erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein, da jetzt eine Einigung zwischen der Betriebsleitung und der Streikleitung noch nicht erzielt worden ist.

Zwischen den Arbeitern der Stadt Berlin und dem Magistrat wurden Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit gepflogen. Von Seiten der Arbeiter und Angehörten wird die Räumung der Betriebe von Militär und technischer Beihilfe, restlose Einstellung aller Arbeitnehmer sowie Wunahme der Streikelder für sämtliche Tage verlangt. Da die Stadtmagistrat den angeforderten Punkten nachkommen wird, dürfte die endgültige Wunahme des Berliner Streiks zu erwarten sein.

Aus der Partei.

An die Funktionäre der U. S. P.

Es ist dringend notwendig, daß die Zentralkommission über alle weiteren Schritte der Arbeiter sowie über alle gegen die Arbeiter getroffenen reaktionären oder gar militärischen Maßnahmen unterrichtet wird, damit in jedem Einzelfalle die Regierung zur Erfüllung ihrer Pflichten, keine militärischen Maßnahmen gegen die Arbeiter zu unternehmen, gezwungen wird.

Ueber wichtige Vorgänge bitten wir telegrophisch oder telephonisch zu berichten. Berlin, Amt Norden 1920.

Das Zentralkomitee der U. S. P.

Delegiertenversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins.

Die am gestrigen Dienstag im großen Saale der Eshott-Drauerie in der Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins wurde vom Genossen Walzahn eröffnet. Er gab bekannt, daß über die allgemeine Lage als Referent der Genosse Däumig, als Korreferent der Genosse Dieck von der kommunistischen Partei vorgelesen sei.

Kunmehr ergriff der Genosse Däumig das Wort zu seinem Referat. Er betonte eingangs, daß die Lage der Ereignisse sich nicht nur als ein erschöpfendes Bild zu geben, und geladene in kurzen Strichen die Gesamtlage. Bei der Beurteilung der Ereignisse dürfe man die politische Situation vor dem 13. März nicht außer Acht lassen. Der Erzberger-Helferich-Prozess sei das politische Korreferat zu dem militärischen Aufstand gewesen. Die Regierung Bauer-Roske habe mit allen Mitteln das gegenrevolutionäre Rüstungs-Heer geschäftet und alle Ermahnungen von revolutionärer Seite in den Wind geschlagen. In der Arbeiterklasse habe noch die Erregung über das schandvolle Verbrechen der Reichswehr geherrscht. Däumig beleuchtet dann die militärischen Maßnahmen der Gegenrevolution. Nicht nur die Reichswehr, sondern der größte Teil der Reichswehr sowie die Einwohnerwehren und die Freiwilligen hatten sich hinter die Regierung gestellt.

Genosse Däumig geht dann über zur Schilderung der tatsächlichen Vorgänge. Die Regierung mußte aufgeben. Die Nationalversammlung hat ebenfalls aufgegeben, Herrin war die Diktatur Kapp-Lüttich. Angesichts einer solchen Lage war es selbstverständlich, daß sich das proletarische Aufbegehren. Diese einmütige Aufschrei des Proletariats ist das erhebendste Moment in all den an unerfreulichen Begleiterscheinungen so reichem Tagen gewesen. Die große gewaltige Streikbewegung, aus der diese Bewegung, war schon im Gange, ehe die Justiz ansetzte. Politisch-wirtschaftlich waren Kapp-Lüttich hilflos, aufstrebend. Politisch-wirtschaftlich waren Kapp-Lüttich hilflos, aufstrebend. Politisch-wirtschaftlich waren Kapp-Lüttich hilflos, aufstrebend.

In der widerlichen Weise wird von den Schiffern und Seefahrern wieder die Parole gegen den Bolschewismus ausgegeben. Genosse Däumig schildert dann die Lage der Arbeiterklasse im Reich und besonders die militärischen Maßnahmen der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet. Dort haben günstige Terrainverhältnisse und zahlenmäßige Schwere des Militärs der Arbeiterklasse das Übergewicht gesichert. Ganz anders die Verhältnisse in Berlin. Hier standen 15000 Kapp-Lüttich, dazu fast ebensoviel Reichswehr und Einwohnerwehren und Freiwilligen. Alle diese militärischen Formationen sind vorzüglich eingeteilt auf den Straßenkampf. Sie hatten aber auch eine einheitliche geschlossene Leitung und kämpften bis zum letzten Mann herab um Kopf und Kragen. Dagegen standen die Proletarier, die diesem militärischen Angebot keine Gegenwehr entgegenzusetzen konnten. Deshalb entschied sich die Streikleitung nach reiflicher Prüfung, die Arbeiterklasse vor einem Blutbad zu bewahren.

Nach sind die realen Nachfaktoren des Militärs vorhanden. Die Kapp-Lüttich sind im Döberinger Lager, im vollen Besitze aller Materials und aller Mannschaften. Kommern und Sprechen beschaffen sie mit Lebensmitteln. Wie können diese militärischen Nachfaktoren ausgeschaltet werden? Diese Frage kann nur im Zusammenhang mit der Lage im Reich behandelt werden. Bis dahin haben wir den Kampf der Berliner Arbeiter so aufgeführt, daß der Kampf nicht militärisch zum Austrag gebracht werden kann. Der Generalstreik ist eine große Hilfe für das Reich, indem die Truppen hier festgehalten werden und so das Reich entlasten.

Zur Schilderung der politischen Situation übergehend, erörterte Genosse Däumig, daß die gemaßregelten Sitzungen und Verhandlungen der letzten Tage ihm gezeigt hätten, daß man diesen gewaltigen Kampf mit dem Maße eines gewerkschaftlichen Kleinstkampfes wisse. Selbst bei den sozialdemokratischen und demokratischen Arbeitern kam die Ueberzeugung auf, daß die Regierung Bauer-Roske erledigt sei. Auch der Gedanke ist aufgetaucht, jetzt auf das Ende loszugehen, auf die Errichtung der proletarisch-kommunistischen Diktatur. Wie hatten auch an diesem Ziele fest, aber wir sind der Ueberzeugung, daß nach den jetzigen Kräfteverhältnissen das letzte Wort noch nicht gesprochen werden kann. (Sehr richtig) Auch der Gedanke einer sozialistischen Arbeiterregierung tauchte auf als Zwischenstation zur Arbeiterrepublik. Wenn auch Roske endlich zurückgetreten ist, so darf man diese Personenfrage doch nicht übersehen. Nicht nur die Arbeiterrepublik ist erledigt, sondern auch die sozialistische Arbeiterregierung. Däumig kennzeichnet die Rolle des Generalstreiks als eines, der jetzt bestimmt habe, daß er die politische Macht in die Hände nehme. Regien hat in den letzten Tagen den Versuch unternommen, die Regierung Bauer-Roske zu befehligen, aber wohl gemerkt, nur die Männer, an dem Prinzip der Demokratie und der Arbeitsgemeinschaft sollte nichts geändert werden. Regien, vereinigt mit der USA und dem Deutschen Arbeiterbund, trat auch mit der Unabhängigen Partei in Verbindung, um über die von ihm formulierten Punkte zu verhandeln. Die Unabhängige Sozialistische Partei stellte bereits viel weitergehende Forderungen auf und erklärte sich auch nicht für ein Zusammenarbeiten mit der kompromittierten rechtssozialistischen Partei. Darauf ging Regien zu den Koalitionsparteien. Hier wurden die Forderungen dann wesentlich verwässert. Däumig verließ die nach den Verhandlungen mit den Reichsparteien der Nationalversammlung formulierten Bedingungen, die bereits bekannt sind. Bei der Verlesung erwiderte besonders der Sach über die Sozialisierung lebendige Heiterkeit. Genosse Däumig fährt dann weiter aus: Bis Donnerstag wurden die Forderungen der Streikleitung einmütig abgelehnt. Am Freitag hat sich die Gewerkschaftskommission auf eine Stufe mit dem Gewerkschaftsbund gestellt. (Sehr richtig) Heute steht aber über dem Interesse der Organisation das Interesse des Gewerkschaftsproletariats.

Die Gewerkschaften haben die Parole auf Abbruch des Generalstreiks. Am Sonnabend und Sonntag kamen die ersten zweifelhaften Nachrichten aus Meindorf, aus Mitteldeutschland. Nun verhielt sich erst recht der Enthusiasmus, den der Generalstreik weiterzuführen. Dem stimmte auch die Unabhängige Parteileitung zu. Der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterparteien wurden nochmals zusammengerufen. Der Gedanke einer Arbeiterregierung tauchte wieder auf. Die Zentralleitung der Unabhängigen Partei war der Auffassung, angesichts der Lage im Reich, der militärischen Lage in den Berliner Vorstädten sich nicht so mäßig den Erfordernissen zu verhalten, sondern mit den Organisationen erneut zu verhandeln, allerdings auf Grund einseitigen sozialistischer Forderungen. Regien hat es aber abgelehnt, seinen Posten mit den bürgerlichen Parteien aufzugeben. Es wurde dann eine Kommission zum Reichslager Bauer entsandt. Dort wurde über folgende Punkte verhandelt: Die Sicherheitswehr soll von reaktionären Elementen gebildet und organisiert werden, und zwar auf je eine hundertjährige Bürgerwehr 200 organisierte Arbeiter. Weiter wurde verhandelt über Entlassung der Regierung der Reichswehr, tatsächliche Entlassung der Kapp-Lüttich, das Weiterdauern darüber, wie sich die Neubildung

der Regierung zu vollziehen habe. Ueber all diese Punkte wurde Aufklärung von der Regierung verlangt. Bauer und der Außenminister Müller haben sich im Prinzip bereit erklärt, die Sicherheitswehr umzubilden. Aber das sei eine preussische Angelegenheit, und man müsse darüber mit der preussischen Regierung verhandeln. Die Umorganisation der Reichswehr scheiterte an den rigorosen Bestimmungen des Friedensvertrages. Hinsichtlich der Einwohnerwehren und Freiwilligen sind überhaupt keine Zusicherungen gemacht worden. Zur Neubildung der Regierung wurde erklärt, die Verfassung behalte zu Recht und die Neubildung der Regierung könne sich nur auf der Grundlage der Verfassung vollziehen. Dies das Ergebnis.

Nach ausgedehnter Diskussion wurde von allen Gewerkschaftsvertretern betont, diese Zusicherungen als genügende Garantien anzuerkennen. (Sehr richtig) Daraus ergab sich als selbstverständliche Forderung der Abbruch des Streiks. Von anderer Gewerkschaftsseite wurde betont, der Generalstreik habe in sich eine Schwächung erfahren. Die Arbeiterklasse dränge danach, in die Betriebe zu gehen. (Zurufe: Nicht wahr). Die Betriebsräte seien nur ein Herrbild der tatsächlichen Verhältnisse. Die Massen händen hinter den Gewerkschaften. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein geschlossener Abbruch des Streiks glücklicher wäre als ein Abbruch desselben. (Sehr richtig) Man müsse auch mit der Tatsache rechnen, daß die Arbeiterklasse in einigen Wochen wieder zum Kampfe herausgerufen werde. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei erklärten, daß sie sich auf den Boden des Streikabbruchs stellen. Die Unabhängige Partei zog sich zu einer Sonderberatung zurück. Es wurde eine Formel gefunden, deren ungeschwächter Inhalt dahin lautet: an sich ist die Tatsache, daß durch die Parole der großen Gewerkschaften die Einheitsfront gebrochen sei, empfehle die Unabhängige Partei für das Reich den Streikabbruch. In Berlin dagegen stelle sie die Entscheidung frei oder überlasse sie dem Beschluß der Vollversammlung der revolutionären Betriebsräte. Ein Teil der Parteileitung, darunter auch ich, kämpften für Fortführung des Generalstreiks. In die Sitzung zurückgekehrt, wurde uns die Resolution Umberto vorgelegt (die in unserer letzten Abendausgabe veröffentlicht ist), die ein ganz neues Stadium für die Partei, besonders für meine engeren Freunde, ergab. Wir haben gegen diese Resolution gestimmt.

Die Zentralvollversammlung empfiehlt den Genossen zu beschließen, den Generalstreik nicht abzubrechen, sondern zu unterbrechen.

(Sehr Bewegung und Enthüllung) Ich sehe keinen Erfolg darin, daß einzelne tapfere idealistische Genossen noch stochernde Endgespräche liefern. Sie selbst haben allem zu entscheiden. Sie sprechen nicht als Person, sondern als Bevollmächtigte der Gewerkschaften, die hinter ihnen stehen. Das ist kein Ende des Kampfes, sondern nur eine Pause. Ich bitte Sie nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. (Sehr Bravo)

Hier (A. P. D.): Die bürgerlich-rechtssozialistische Koalition hat die Arbeiterrevolution stark gemacht gegen die revolutionären Bestrebungen des Proletariats. Auch Roske war kein Zufallsprodukt, sondern eine notwendige Begleiterscheinung dieser Koalition. Ziel richtet h-fige Angriffe gegen die rechtssozialistische Partei. Er kann ihnen ihren Kleinbürgerlichen Charakter und betont, daß diese Erkenntnis den Arbeitern eingehämmert werden müsse. Er fährt dann wortlich fort:

Wie als Kommunisten fordern die Diktatur des Proletariats, die Arbeiterrepublik, aber wir wissen auch, daß diese Forderung heute noch mit dem Widerstand der großen Mehrheit des Proletariats zu rechnen hat.

Jede andere Regierungsform ist ein Kompromiß mit rückständigen Anschauungen. Ist die Arbeiterrepublik möglich? Jeder Kommunist muß sagen: Nein. Deutschland und die westeuropäischen Länder sind noch nicht soweit. Es kommt für uns darauf an, jede bürgerliche und Koalitionsregierung zu bekämpfen. Die Arbeiter müssen sich ihre politische Kampforientation schaffen, die Arbeiterparteien. Die Kampfmittel, die dem Proletariat zur Verfügung stehen, sind: Der Generalstreik, und als Steigerung des Generalstreiks der bewaffnete Aufstand. Die Wahl der Kampfmittel hängt von den Situationen und den Kräfteverhältnissen ab. Wie ist das Kräfteverhältnis jetzt? Jede Verbindung mit dem Reich schlie. Die Verbindung der Arbeiter untereinander aber ist die notwendige Vorbereitung für den Sieg der Arbeiterklasse. In kommenden Kämpfen werden die Genossen im Verleumdungen ihre Pflicht tun müssen. Viel freudig die Ereignisse in Coemitz, im Ruhrrevier und in Halle. Das Berliner Proletariat habe eine bewundernswürdige Disziplin gezeigt, ein großer Fortschritt war die einmütige Wiederlegung der Arbeit. Genoss waren die Ziele durchaus verschieden, aber in der Tat war das Proletariat einig.

Redner verteidigt die anfänglich abwartende Stellung der A. P. D., die er mit den schlimmen Erfahrungen seiner Partei rechtfertigt. Mehr als eine Woche längerer Streikbewegung lagen hinter uns. Wir können nicht sagen, daß diese Kampfwoche resultatlos verlaufen sei. Die Tatsache steht fest, daß sich keine Regierung ohne Zustimmung der Arbeiterklasse halten kann.

Die Proklamation des Gewerkschaftsbundes, der USA und des Deutschen Arbeiterbundes vom Sonnabend bezog sich auf die Schlüsselpunkte der Forderungen. Dieses Papier wird jener Keim sein, der die Gewerkschaften gerpflanzte. Es wird eine der Aufgaben des revolutionären Proletariats sein, mit der er Politik der Gewerkschaftsbürokratie auszuräumen, die weiter nichts ist als eine verfeinerte Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik. Wo sind die Garantien, daß diese Forderungen auch durchgeführt werden? Man hat Euch nicht gefragt, man hat den Abbruch dekretiert. Die Tatsache der Abplattung ist zu verzeichnen. Was ist jetzt zu tun? Soll der Streik jetzt abgebrochen werden? Däumig sagte: brecht nicht ab, unterbrecht den Kampf. Ihr könnt Euch nicht auf die Bärenhaut legen. Diegt ein zwingender Grund vor, den Kampf abubre. Ich sage: nein! Dazu ist aber nötig, daß wir die enge Verbindung mit dem Reich bekommen, daß die Berliner Proletarier die Proletarier im Reich zum Kampf aufufen. Wir müssen uns über die Möglichkeiten und Aussichten des Kampfes klar werden. Ich sehe die Möglichkeit, daß wir durch einen Druck auf die Koalitionsregierung unsere Forderungen durchsetzen können, damit der Kampf nicht umsonst war. Auch ein Teilzeitverbot des Arbeitsnachteils veranlaßt, daß ein Druck auf die Regierung möglich ist.

Die Koalition muß vernichtet werden. Deshalb sehen wir den Generalstreik fort. Die gegenwärtige Situation ist nicht reif für eine Arbeiterrepublik, sondern für eine reine Arbeiterregierung. Als revolutionäre Arbeiter ist und eine reine Arbeiterregierung außerordentlich erwünscht. Sie kann allerdings nur eine Überanperiode bilden. Wir müssen die Arbeiterregierung ergreifen. Das muß eine Forderung der Arbeiter sein, denn eine solche Regierung entspricht dem Reifegrad des Proletariats. Wer so te flücht der U. S. P. hat diese Forderungen verurteilt. Die Massen des Proletariats stehen hinter den Forderungen des linken Flügels der U. S. P. und des rechten Flügels der A. P. D. Die U. S. P. hat die Arbeiterregierung abgelehnt und damit in einem politisch gün-

stigen Augenblick die Vorteile des Proletariats nicht wahrgenommen. (Sehr großer Widerspruch und Beifall) Ihre Pflicht war es, die Arbeiterklasse zu unterrichten. Die Arbeiterregierung muß erzwungen werden, kein anderes Weg führt zur Arbeiterrepublik. Sie gibt freie Entwicklungsmöglichkeiten für alle Richtungen des Proletariats. Diesen Zustand, der unbedingt nötig ist zur politischen Schulung der Arbeiterklasse, hat eine Partei verpaßt. Der rechte Flügel der U. S. P. will nicht die Arbeiterrepublik. Das wird der treibende Keil innerhalb der U. S. P. sein. Ziel fordert dann die Arbeiterklasse auf, nicht auseinanderzugehen bis die Gewerkschaften des Proletariats durchgeföhrt und die politischen Arbeiterparteien geschaffen seien. Er verlangt einen dahingehenden Antrag der A. P. D. Bis zur Durchsetzung dieser Forderungen soll der Generalstreik weitergeführt werden. Außerdem verlangt er einen Aufruf an die Genossen im Reich. Ziel bietet um Annahme der Anträge und um Weiterführung des Kampfes. Jetzt dieser Regierung die Fäden, haltet aus, Ihr habt die Macht in Händen, wenn Ihr nur einig seid! (Sehr Beifall)

Der Vorsitzende, Genosse Walzahn, regt an, vor der Beschlußfassung möglichst einen Vertreter jeder Industriebranche über die Aussichten der Weiterführung des Streiks zu hören. Damit ist die Versammlung einverstanden.

Zur Geschäftsordnung erklärt Walcher (A. P. D.), dem Generalstreik sei durch den Verrat der Gewerkschaften und der U. S. P. das Genid gebrochen. Es gelte jetzt, um den, was zu tun sei. Er beantragt, die Berichte nicht entgegenzunehmen.

Es traten nun nacheinander die Vertreter der einzelnen Berufsgruppen auf, die fast ausnahmslos die Erklärung abgaben, daß die hinter ihnen stehenden Arbeiter in ihrer Mehrheit unter den abzuwartenden Verhältnissen für den Abbruch des Generalstreiks seien.

Nach diesen Erklärungen erhielt Rasch (Kommunist, Berliner Richtung) noch das Wort, und er forderte von der Versammlung, auf die Arbeiterklasse einzutreten, daß diese ebenso wie die kommunistische Partei daran gehen möge, die Gewerkschaften zu zertrümmern.

Krause, der Vorsitzende der Berliner Parteiorganisation, wandte sich gegen Rasch und betonte, daß die Zertrümmern der Gewerkschaften gleichbedeutend sei mit der Zerspaltung der gesamten Arbeiterklasse. Auf den Vorwurf Ziels, daß die U. S. P. sich nicht an den Verhandlungen zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung beteiligt hätte, erwiderte Genosse Krause, daß sich ja auch die kommunistische Partei stets ablehnend gegenüber einem solchen Zusammenarbeiten verhalten habe. Auch die kommunistische Partei hätte sich dafür erklären müssen, in eine sozialistische Regierung einzutreten. Ziel treibe aber weiter nichts als reine Parteipolitik.

Die Debatte wird damit geschlossen und Ziel erhält nochmals das Wort zu einer kurzen Erklärung, worin er bemerkt, daß es jetzt zwei kommunistische Parteien gebe, daß er und seine Freunde aber nur die Verantwortung für alles das übernehmen, was von der kommunistischen Partei herühre, die sich nebenbei noch Spartakusbund benenne. Wegen den Vorwurf des Genossen Krause, daß seine Partei sich nicht an einer Arbeiterregierung beteiligen wolle, lehnte er es ab, sich klar und deutlich zu äußern.

Nach dieser Erklärung wurde abgestimmt über zwei Anträge, 1. der Streik ist fortzusetzen, 2. der Streik wird unterbrochen, um im gegebenen Moment wieder aufgenommen zu werden. Der zweite Antrag wurde dann mit geringster Mehrheit angenommen.

Dann mochte Genosse Walzahn den Vorschlag, einen Aktionsausschuß zu bilden, bestehend aus Betriebsräten aller drei sozialistischen Parteien. Darüber entstand eine Geschäftsordnungsdebatte, in der von Vertretern der graphischen Berufe die Aufhebung vertreten wurde, daß es besser sei, nicht nach Parteien, sondern nach Berufen den Aktionsausschuß zusammenzusetzen. Schließlich einigte sich die Versammlung auf einen neuen Vorschlag Walzahns, daß anstelle des Aktionsausschusses, der ja doch nur ein Provisorium bedeuten würde, vorläufig die bestehende Zentralvollversammlung die Führung in Händen behalten soll.

Mit einem kräftigen Hoch auf den internationalen revolutionären Sozialismus und die Weltrevolution wurde die Versammlung geschlossen.

Eine kritische Besprechung dieses Verichts müssen wir wegen Raummangels bis zur Abendausgabe zurückstellen.

Die Gewerkschaftskommission über den Generalstreik.

In einer Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission am Dienstag erörterte Genosse Rasch einen ausführlichen Bericht über die jetzige Situation und über die mit dem Reichslager Bauer stattgefundenen Verhandlungen. Auch die Gewerkschaftskommission hatte am Sonnabend den Abbruch des Streiks beschlossen und Anfang März in Druck gegeben, die aber in Anbetracht der Lage im Reich und dem Willen der Soldateska in einigen Vororten Berlins nicht zur Ausgabe gelangten.

Nach Lage der Dinge konnte der Streik nicht abgebrochen werden. Der Reichslager stimmte in neuen Verhandlungen zu, daß aus den öffentlichen Vororten sofort die Truppen zurückgezogen werden. In Berlin werden die Truppen auf die Straßen zurückgezogen; außerdem wird nur noch das Regierungsviertel abgelehrt. Unter keinen Umständen darf gegen bewaffnete Arbeiter vorgegangen werden. In die Truppenformationen werden organisierte Arbeiter in solcher großer Zahl eingereicht werden, daß diese Truppen nicht mehr zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden können. Der Generalstreik ist nun beendet, der Kampf um die Durchföhren der Forderungen wird beginnen. Mehr als bisher mußte sich in den Gewerkschaften über Politik gesprochen werden. Kunmehr hätten sich die Gewerkschaften den Einfluß verschafft, der ihnen seit Beginn der Republik zugehört.

Rasch wandte sich dann sofort gegen die gegen den Ausschuß und einzelne Gewerkschaftsführer imgezeichnete Dege und bezeichnete sie als unverantwortlich. Ten Kampfboden des Proletariats — die Einsicht — dürfe man sich von Verleumdern nicht zer schlagen lassen. Der Generalstreik sei die erste Großtat des deutschen Proletariats seit der Spaltung und es sei zu hoffen, daß für die nächsten Wahlen die gemeinsame Parole gefunden werde. Die Forderungen seien, wenn durchgeführt, eine Etappe auf dem Wege zur Vereinigung der Arbeiterklasse.

In der Ansprache wendet sich Genosse Siegel gegen einige Mitglieder der Zentralvollversammlung und fordert von der Parteileitung, daß sie sich nicht mehr von den Repräsentanten im Schlepptau nehmen lasse. Genosse Siegel stellt fest, daß der Reichslager Rufus die erste Verwirrung in die Reihen der Streikenden getragen habe. Rasch vertritt den Standpunkt, daß, solange die Diktatur des Proletariats nicht durchgeföhrt ist, Arbeiterblut fließen würde. Die Gesamtarbeiterklasse sei für die Diktatur jedoch noch nicht reif.

Im Schlußwort teilt Rasch mit, daß unerschütterlich Vorkerretungen für künftige Kämpfe getroffen würden, daß die Lebensmittelversorgung der Arbeiter und ihre Ausbildung gesichert seien. Wegen zwei Stimmen und drei Enthaltungen wurde eine Resolution beschlossen, die dem Ausschuß und den Vertretern der Gewerkschaften in der Streikleitung für ihre sichere und zielklare Haltung das Vertrauen anspricht.

Technische Schwierigkeiten zwingen uns gegenwärtig zur Einschränkung des Umfangs unseres Blattes.

Druck: Verlagsgenossenschaft 'Freiheit', Berlin, Verantwortlicher Redakteur: Alfred Riefelapp, Köpenick

Es hilft Ihnen nichts,



Sich gegen Augengläser zu sträuben, sobald ihre Augen nachlassen. Sie schaden sich nur selbst, leisten schlichte Arbeit, werden schneller müde und leiden schließlich an Kopfschmerz und Nervosität, für die Sie allerlei Gründe suchen, und vergeblich allerlei einnehmen. Greifen Sie möglichst bald zu Spezialgläsern, Sie werden Ihnen wohl tun. Aber wenn Sie dann wieder arbeiten können, als wären Sie 10 Jahre jünger und wenn Ihre Augen klar und ruhig dreinschauen und Ihre Gesichtszüge jenen notwendigen abgespannten Ausdruck verlieren und Kopfschmerz Ihnen fern bleibt, dann werden Sie sagen, wie so viele vor Ihnen: Der Rat war gut!

Kommen Sie also vornehmend zu uns und geben Sie uns bald Gelegenheit Ihnen zu zeigen, wie wir Ihnen helfen können.

Rosenos

prüfen wir Augen und Sehfeld mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 8.50 Mk. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Kneifer (ohne Gläser) und dazu noch drei Jahre Garantie, d. h. solange alle Reparaturen umsonst, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Horn- teile, Schilfpast und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.



Alles Gold wird zum Tagespreise anverkauft und in Zahlung genommen

Optiker Rubnke

Verlangen Sie nach ansehnlich preiswerten Spezialoptiker zum Selbstbestimmen reiner Gläser nach Verlesbarkeit

Schneeberg Grafstr. 21, Ecke Hauptstr.	SO Dronien-Str. 44 zwischen Dronien- und Dronienplatz	C Spitzmarkt Gde. Wollstr.	W Friedrich-Str. 193 Gde. Leipziger Str.	NW Friedrich-Str. 153 Gde. Dorotheenstr.	N Friedrich-Str. 108 Gde. Singelstr.	Charlottenburg: Jannitsch-Str. 19 Gde. Hasenheide
Friedenau: Königsplatz 14, Gde. Hasenheide	S Kollbuser Damm 10 nahe Jannitsch	Alexander-Platz nahe Dronienplatz	Leipziger Str. 113 Gde. Hasenheide	N Chaussee-Str. 72 nahe Hasenheide	Jannitsch-Str. 164 Gde. Hasenheide	Jannitsch-Str. 164 Gde. Hasenheide
Henselstr. Bergstr. 4, Gde. Hasenheide	O Frankfurter Allee 14 nahe Jannitsch	SW Belle Alliance-Str. 4 nahe Jannitsch	Ung.-Str. 1 Gde. Hasenheide	Schönhauser Allee 81 am Hasenheide	Jannitsch-Str. 117 am Hasenheide	Wilmersdorf: Bismarck-Str. 132-33 nahe Hasenheide
Spandau: Bredt-Str. 18, nahe Markt						

Theater und Vergnügungen.

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt
Uhr: Die lebende Leinwand
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: D. Büchse d. Pandora
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Hamlet
28. Abteilung, II. Abend

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barzowsky
7 1/2 Uhr: Pygmalion
Donnerstag 7 Uhr: Weizsäcker
Die Hühnerweiber
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt

Deutsch-Könl. Theater
Allabendl. Menagerie
7 1/2 Uhr:

Neues Operettenhaus
Direktion: Jean Kron
Allabendl. 7 Uhr 30 Min.:
Mia Werber u. O. in

Großes Schauspielhaus

Direktion: Max Reinhardt

Das Abonnement für die nächste Spielzeit ist aufgelegt

Sechs Abendvorstellungen / Sechs verschiedene Stücke

Geistl. Esmont / Schiller: Die Räuber / Schopenhauer: Ein Sommerabend / Calderon: Das Leben ein Traum / Romain Rolland: Danton / Gerh. Hauptmann: Florian Geyer (Anderungen vorbehalten)

Legen 67,80 M. - also 11,50 M. pro Abend (Kassenspr. 24,60)
Pacht 67,80 M. - also 11,50 M. pro Abend (Kassenspr. 24,60)
Balkon 50,40 M. - also 8,40 M. pro Abend (Kassenspr. 17,60)
1. Ring 32,40 M. - also 5,40 M. pro Abend (Kassenspr. 8,90)
2. Ring 19,20 M. - also 3,20 M. pro Abend (Kassenspr. 5,40)
3. Ring 12,60 M. - also 2,10 M. pro Abend (Kassenspr. 3,20)

Bei der Organisation des Abonnements ist größte Sorge getragen, daß auch Abon. - alten jüngerer Abteilungen früheren Aufführungen eines Wertes erhalten. Das Abonnement ist übertragbar. Der Verkauf der Abonnements findet im Großen Schauspielhaus (auch Sonntag) von 9 bis 2 Uhr vorm. und 7 bis 9 Uhr abends und an der Theaterkasse H. Westheim, Leipziger Straße, statt.

25 Jahre

Stiefelkönig

FRIEDRICHSTR. 1315 AN DER KARLSTR.

Gardinen

Auslandware, zu mäßigen Preisen noch vorräthig. Abgepaßte Schalgardinen, Fenster 43 Mk. Moderns Künstlergardinen (dreifach) vornehmste Ausführung von 100 bis 175 Mark und darüber. In eleganten Stores und Tülldecken stets Gelegenheitskäufe. (Für Wiederverkäufer Sonderabläufe.) Gardinenhaus

Herzig, Berlin, Dresdener Str. 126 I
am Kollbuser Tor.

Gasverbraucher Achtung!

Bei Wiederaufnahme der Arbeit in den Gaswerken ist es nicht möglich, sofort Gas abzugeben. Der Beginn der Gasabgabe wird noch bekanntgegeben werden.

Zur Verhütung von Explosionschäden und Vergiftungen sind alle Gasohne geschlossen zu halten. Nach erfolgter Bekanntmachung muß erst an einem Hahn probiert werden, ob das Gas kräftig anspricht, was an dem lauten Geräusch wahrnehmbar ist. Ist noch kein Druck in der Leitung vorhanden, ist der Hahn unverzüglich wieder zu schließen und nach einiger Zeit der Versuch zu erneuern. Da durch den Stillstand der Werke und durch vollständiges Aufsteigen des Druckes in den Gasleitungen die Gefahr besteht, daß Luft in die Leitung gelangt ist, kann der Fall eintreten, daß trotz des lauten Geräusches ein Anzündversuch nicht möglich ist. In diesem Falle muß zeitweilig während des Anstromeins das Anzünden versucht werden. Zur größeren Vorsicht sind hierbei die Fenster, besonders die oberen Flügel geöffnet zu halten.

Berlin, den 22. März 1920.

Direktion der hiesigen Gaswerke.

Münsterer Friedhof
Stuhlg. N. 1. 1. 1.

Nachruf.
Stuhlg. N. 1. 1. 1.

Am 11. März 1920
nach schwerem Leiden
unser lieber Vater
Richard Zupp.

Wir verlieren in
einem regen und
sanftmütigen
Vater, der uns
während seiner
Lebensjahre
mit großer
Fürsorge
erzogen hat.
Die Beerdigung
am Montag, den 12. März
10 Uhr, im
Münsterer Friedhof.
Der Vorstand.

Die kleine Hohheit

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Csu das Urstin.

Eden-Theater
In der Alten Jakobstraße 30.
7 1/2 Uhr, neu einstudiert:
Die Dollarprinzessin
mit Oskar Braun und
Elisabeth Balzer-Lichtenfeld.
Sonntag nachmitt. 3 Uhr:
U. A. W. G.

Wintergarten.
Täglich 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
Rechen gestattet.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7 1/2 Allabendl.
Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2
**Unübertreffliches
Varieté-Programm!**

Theater i. d.
Königgräber Straße

7 1/2 Uhr: **Römisches**
Donnerstag: Schloß Wetzstein
Freitag: Römisches
Sonntag: Römisches
Sonntag: Römisches

Montag: Schloß Wetzstein

Romödienhaus

Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Herr Minister
(Max Falkenberg)

Berliner Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer
mit Frihi Wassary,
Gust. Schumann, Otto Stern etc.

Briefmarken, Münzen

kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 106 ZL.

Natura-Institut. Heilgilde.
Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor).
Sprechst. 10-1, 4-8 Sonntag 11-1.
auch schriftliche Ratschläge.

Verlangen Sie Dr. med. Ludwig Breidler über
seinem Schriftwechsel für 1,50 Mk. in ver-
schiedenem Umfang vom Verlag F. Rüchper,
Berlin S. F. Dammstr. 24a.

Löffler's Pelzhaus
Friedrichstr. 118/119.
am Grödenberg-Tor.
Vorteilhafter Einkauf
in Pelzsachen.
Reparaturen werden prompt
und sauber ausgeführt.

**Spezialarzt
Dr. Elpern**
für Geschlechtsleiden
Große Frankfurter Str. 37
(Strauß-Platz, Ecke Weberstr.)
hält jetzt Sprechstunden 10-2
5-8. Sonntag 10-12.

Fotosapparate
Prismenobjektive, Objektive
kauft, verkauft.
Rosenthal Nachf.,
Friedrichstr. 2.

**Lehrmädchen für Putz-
federnfabrikation.** Anlagens-
halt 10.- monatlich, sucht
Max Ehrlich, Rungestraße 18.

Am 22. März 1920
nach kurzem
unser lieber Vater
der Schriftsteller
Julius Bötker
im 64. Lebensjahre
abends um 10 Uhr
das Paradies der
Ewigkeit betrat.
Die Beerdigung
am Montag, den 22. März
10 Uhr, im
Krematorium.
Der Vorstand.

Sagen allen Freunden
und Bekannten
das Beste
beim Begräbnis
lieben Sohns

Karl
erwiesene haben
allen dem Gedächtnis
unsern herzlichsten
und innigsten Dank
Karl u. Lisa
nebst Tochter
Berlin, den 10. März
Frankfurter Allee 118

Theater am Köllnischen Tor
Tel.: Moritzplatz 10/14.
Tel. 7 1/2 und Sonntag
nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
9 stem. Mittl. des
Stimmorgans
Hilfsmittel
Vorr. 11-12 u. 4-6

Karneval- und Verlosungsartikel

Pohl & Weber Nachf.
Berlin O 19 - Spittelmarkt 4-7 I.
Spezialhaus f. Vereinsbedarf
Verlangen Sie Preisliste Nr. 80

Schallplatten

Sprechmaschinen-Walzen, auch zerbrochene,
Zelluloidabfälle, Filme, Glühstromtasche
kath. höchstzahlend

Gegr. 1903. **Metalldiskontor** Gegr. 1903.

W. John
S. W. 68. Alte Jakobstraße 138.
Telefon Moritzplatz 1258. Geöffnet werktäglich von 9-4 Uhr.

**Der Sozialdemokr. Verein
der U. S. P. D. Kreis Essen**
sucht zum baldigen Eintritt einen weiteren
Parteisekretär.

Genossen, die organisatorisch und rednerisch be-
gabt sind und einige Jahre der Partei angehören,
wollen ihre Bewerbung mit kurzem Lebenslauf und
Abhandlung über die Aufgaben eines Parteisekretärs
bis zum 28. März einbringen an
Gustav Skoetseh, Essen-West, Keplerstraße 103.

Wir färben

gut
reell
billig
schnell

Radtke-Grundmann, Berlin S. 24
Dresdener Straße 34-35, Luisenhol
Moritzpl. 7328

in
3-5
Tagen

Stoffe
zur Damen- und
Herrenbekleidung
Futterstoffe / Knöpfe

Konfektion
für Damen u. Mädchen
Maßanfertigung

C. Pelz
50 26, Kollbuser Str. 3

MÜBEL

gegen Bar und Teilzahlung

in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Wohnzimmer, Schlafzimmer, far-
bige Küchen, einzelne Möbelstücke
Günstige Rückzahl. Gehaltene Möbel
können kostenlos lagern.

M. Landwehr Müllerstr. 7, I.
auch an Werktagen

Kreuznische rechts in Zahlung.

Raucher dank!
Der Rauch, ermöglicht in
einzig. Tagen d. Rauchen
ganz od. teilw. zu unter-
lassen. Am liebsten
Wirksam. Vollst. un-
schädl. Täglic. Amerik. Ausk. kom.
Institut Engelbrecht
München N. 7, Königsplatz 9.

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117
an der Lützowstraße
Sprechst. 13-2, 14-10 Uhr abends, Sonntags 11-1 Uhr
Spezialarzt f. Haut- u. Geschlechtsleiden
Harn- u. Blutuntersuchungen.
Anfällige Bruchhäute mit Beschreibung sämtl. Heilver-
fahren im versch. Kavernen ergen Einweisung v. M. 1,50

Haarverhinderer
schwarzen schnell und
schmerzlos durchsicht.
Mitteln, auch bei
schweren Fällen. An-
wendung 2-3 mal
täglich. Berlin 46,
Fischb. 4.

Schönes und reines Gesicht

erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode.
Sommerprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen,
Gesichts- und Nasenrötze, hartige Haare, schlechter Teint usw.
verschwinden bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.

G. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.
Sprechstunden: 10-12 u. 4-6, Sonntags 10-1. Anrufkosten

Gummi-Mäntel

Keine
Füllungen mehr

Nur BaerSohn
Chaussee-Straße 28-30

Prima Qualitäten 265.- 390.- 475.- 590.- Mark
Jackett-Anzüge blau und farbig 450.- 480.- 700.- 750.- Mark
Jackett-Anzüge Max Chevrolet, vornehmste Verarbeitung, Ersatz für Maß 1200.- Mark
Hosen verschiedene Strallemuster 42.- 70.- 95.- 150.- 190.- 200.- 250.- 300.- Mark